



**Antworten der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)  
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)  
auf die Fragen des Netzwerks Immovielen**

**Fragenkomplex (1): Nachbarschaft**

Wir begrüßen nachbarschaftliches Engagement im Stadtteil und wollen es soweit wie möglich unterstützen. Im Rahmen der Stadtentwicklung gibt es bereits heute vielfältige Möglichkeiten, mit denen sich die Bürger durch Ideen und Initiativen einbringen können. Der Bezug zum Stadtteil wird gestärkt und die Vernetzung der Akteure vor Ort fördert das Zusammenleben in der Nachbarschaft.

**Fragenkomplex (2) Boden**

Wir wollen dafür sorgen, dass der verbilligte Verkauf von Grundstücken des Bundes weiter erleichtert wird. Aus übergeordneten gesellschaftlichen Gründen weichen wir in diesen Fällen vom Wirtschaftlichkeitsprinzip ab.

**Fragenkomplex: (3) Finanzierung**

Bürgerschaftliches Engagement darf nicht durch zu hohe bürokratische Hürden oder Hemmnisse bei der Finanzierung behindert werden. Daher wollen wir im Rahmen der nächsten Evaluierung des Kleinanlegerschutzgesetzes prüfen, ob die geltenden Regeln diesem Leitgedanken folgen. Wichtig ist dabei aber, dass etwaige Erleichterungen nicht von schwarzen Schafen genutzt werden können, um Kleinanleger zu schädigen. Das hohe Schutzniveau des Kleinanlegerschutzgesetzes wollen wir nicht absenken.

**Fragenkomplex (4) Förderung**

Die Anpassung der sozialen Wohnraumförderung ist Aufgabe der Länder, ebenso die konkrete Prüfung und Bewilligung von Projekten der Städtebauförderung. Unser Ziel ist es, dass noch mehr private Investitionsvorhaben durch Maßnahmen des Städtebaus unterstützt werden.

**Fragenkomplex: (5) Recht**

Um unternehmerische Initiativen aus bürgerschaftlichem Engagement zu entlasten und zu fördern, haben wir jüngst das Gesetz zum Bürokratieabbau und zur Förderung der Transparenz bei Genossenschaften verabschiedet. Mit der Genossenschaft sowie mit dem eingetragenen Verein stehen damit schon heute haftungsbeschränkte Rechtsformen zur Verfügung, die besonders auch für kleinere bürgerschaftliche Initiativen geeignet sind. Zudem können schon heute viele Tätigkeiten in diesem Zusammenhang in gemeinnützigen Organisationsformen durchgeführt werden. Wir wollen aber dennoch

diese Regelungen anhand fortschreitender Entwicklungen überprüfen. Allerdings muss die Privilegierung des bürgerschaftlichen oder ehrenamtlichen Engagements dort enden, wo sie in Wettbewerb zu unternehmerischen Aktivitäten anderer Marktteilnehmer tritt.